

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Planung und Projektierung für die Verlängerung der U7 vom U-Bahnhof Rudow bis zum neuen Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) starten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich mit den Planungen zur Verlängerung der U7 von Rudow bis zum Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) zu beginnen.

Im Zusammenhang mit dieser notwendigen Verlängerung der U7 wird der Senat zudem aufgefordert, entsprechend dem Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin Drucksache 17/3028 die Erweiterung der U7 bis zur Heerstraße Nord hinsichtlich ihrer verkehrlichen Nutzung zu überprüfen. Hierzu sind beschlussgemäß die aktuellen Kosten und verkehrlichen Auswirkungen zu ermitteln und die zeitlichen Perspektiven einer Realisierung darzustellen.

Begründung:

Für einige Jahre wird der neue Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) über das geschaffene Netz aus Bussen, S-Bahn und Regionalexpress (Flughafenexpress) ausreichend leistungsfähig mit dem ÖPNV angebunden werden können.

Für einen Zeitraum ab etwa 2025 wird bei der derzeitigen Entwicklung der Fluggastzahlen diese Anbindung auch bei Ausnutzung einer maximalen Taktverstärkung nicht mehr ausreichend leistungsfähig sein. Es ist also eine Erweiterung der Anbindung an den ÖPNV erforderlich, was durch eine Verlängerung der U-Bahnlinie U7 auch möglich ist.

Vor den Wahlen haben der Regierende Bürgermeister Michael Müller und sein Verkehrssenator Andreas Geisel noch vollmundig angekündigt, diverse U-Bahn-Verlängerungen prüfen zu

wollen. In der Koalitionsvereinbarung ist nichts davon übrig geblieben, die U-Bahn findet nahezu keinerlei Erwähnung. Dennoch muss die rot-rot-grüne Landesregierung den Handlungsbedarf endlich erkennen und die notwendigen Schritte zum Ausbau der U7 zum Flughafen einleiten.

Die entsprechenden Mittel für Planung und Projektierung sind im nächsten Berliner Haushaltsplan-Entwurf zu berücksichtigen.

Die durch die erforderliche Anbindung des Flughafens Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) an die U7 erforderlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit Konzeption, Planung, Projektierung etc. eröffnen zudem die Möglichkeit, im Rahmen der Maßnahme weitere Möglichkeiten der Erweiterung und des Umbaus der U7 zu prüfen.

Insofern ergibt sich unmittelbar die Möglichkeit, den Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin Drucksache 17/3028 dahingehend umzusetzen, dass die Erweiterung der U7 bis Heerstraße Nord einer entsprechenden Überprüfung und Analyse unterzogen wird.

Berlin, den 01. Juni 2017

Graf Melzer Friederici
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU